Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 244. [49. Jahrgang.] **Sonntag den 17. Oktober 1909. Erste (Abend-)Ausgabe.** [49. Jahrgang.] **Nr. 244.**

Berlin, den 16. Oktober.

Politischer Tagesbericht.

Seit Inkrafttreten des deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrages haben sich im Laufe der Zeit auf beiden Seiten verschiedene Zweifel und Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Handelsvertrags und seiner Anlagen, insbesondere der beiderseitigen Tarife, ergeben. Es soll versucht werden, eine Verständigung über diese Fragen durch mündliche Verhandlungen zwischen Delegierten der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung herbeizuführen. Zu diesem Zwecke tritt am 20. d. M. in Wien eine Konferenz zusammen, welche in Budapest fortgesetzt werden soll.

Rückblicke.

Mit großer Zufriedenheit hat die Presse der Sozialdemokratie das Ergebnis der Reichstagsersatzwahl in Koburg verzeichnet, und sie rief es in allen Variationen als „neue Quittung für die Reichsfinanzreform“ aus. Ohne Frage ist das ungünstig veränderte Zahlenverhältnis hier eine ernste Erscheinung: während die bürgerlichen Stimmen gegen 1907 um fast genau 2000 herabgingen und auch gegen die schwächere Beteiligung von 1903 noch eine Einbuße zeigten, hat der Sozialdemokrat einen dem ziemlich entsprechenden Zuwachs davongetragen. Vor sechs Jahren noch unter viertausend, 1907 nur rund dreihundert Stimmen mehr, ist der Stand diesmal 6185 Stimmen gewesen, so daß zur absoluten Mehrheit (= 6343) recht wenig gefehlt hat. Seitdem die sozialdemokratische Partei das Vergnügen, ihr ausdrücklich angehören, von dem Anschluß jedes Einzelnen an eine ihrer Organisationen abhängig gemacht hat, kann es für sie nicht mehr schwer sein, in solchen Fällen die Mitläufer von der Phalanx immer genau zu scheiden. In Koburg dürfte am Montag die Zahl der für Herrn Zietsch aus Charlottenburg eingetretenen „Nicht-Genossen“ die des roten Kerns um ein Mehrfaches überwogen haben. Nimmt man nun mit den Sozialdemokraten oder, richtiger, mit deren Agitationsdialektik an, daß das Mißvergnügen über die Steuervermehrung hier allein wirkte, so fiele damit für das politische Unterscheidungsvermögen eines beträchtlichen Teils der Koburger Wählerschaft kein sonderliches Kompliment ab. Denn die beiden bürgerlichen Kandidaten waren liberal, gehörten also Parteien an, die teinerzeit die Reichsfinanzreform ebenfalls abgelehnt haben. Wer mithin im Lande an der Ilz seinen Stimmzettel demonstrativ verwenden wollte, kam wirklich kaum in Verlegenheit. Allein die Mache der „Genossen“ ist alterprobt und hat auch hier wiederum nicht versagt; insofern gereicht es den Verbrossenen, die sich einfangen ließen, allerdings zur geringen Ehre, daß sie noch jetzt über den Gegenfang hinwegsehen, der ihre wahre Anschauung, ihre eigentlichen Wünsche von den Zielen der Sozialdemokratie weit genug trennt. Schon am 22. Oktober wird die Stichwahl stattfinden, und es ist eine psychologisch noch wenig behandelte, aber sichere Erfahrungstatsache, daß die gerade im Vorspring befindliche Partei bei der Entscheidung auch dann keine numerische Einbuße zu erleiden pflegt, wenn ihr augenblicklicher Anhang großenteils der Ueberzeugung fernsteht, die er bereits bei der Hauptwahl gefördert hatte. Um so energischer müssen die in Koburg bisher an der Urne vermißten bürgerlichen Elemente herangezogen werden, und den Freisinnigen, deren Kandidat ausscheidet,“ erwächst die Aufgabe, eine besondere Probe ihrer guten Parteidisziplin abzulegen. Nach den Aeußerungen ihrer Presse zu urteilen, wird das auch angestrebt, und schon hat ein Aufruf zu Gunsten Dr. Quarcks die Aktion eingeleitet. Es ist an der Zeit, der sozialdemokratischen Verhetzung zu zeigen, daß ihr mit der nun einmal vorhandenen Stimmung im Volke noch kein unbegrenztes Feld billiger Erfolge aufgetan wurde. Dem Vorwärts entschlüpfte das Eingeständnis, es gelte die Lage für Koburg zu benutzen, — wozu doch nur ergänzt werden kann, daß auch die Sozialdemokratie in naher Zeit auf das Eintreten einer Beruhigung unter den bürgerlichen Parteien rechnet. Nationaler Selbstbesinnung gegenüber wird sich der Anlauf bald genug stauen, und ihm mit kräftiger Anspannung den ersten Halt zu gebieten, wäre ein schönes Ruhmesblatt der Bevölkerung Koburgs.

In Halle a. S. sind die Hoffnungen der Sozialdemokratie für die kommende Ersatzwahl zum Reichstage, dank der Einhelligkeit aller dortigen bürgerlichen Parteien, schon wesentlich geringer. Ein guter Beweis dessen war das Erscheinen des Herrn v. Gerlach, der stugs eine „demokratische Vereinigung“ in Halle zu inaugurieren hatte. Man stellte ihm denn auch sogleich die gutbesuchte Versammlung, aber nach dem Abzug der hergelieheenen „Genossen“ blieb wieder nur das bekannte kümmerliche Sticklingsreich übrig, mit dem noch nirgends etwas getan worden ist. Von dem Versuche einer Sonderkandidatur, den der Bund der Handwerker in Halle für richtig erachtete, ist man mit Recht wenig erbaut, um so weniger, als die Herren sich erst dann entschlossen, nachdem die politischen Parteien schon ihre Uebereinkunft vollzogen hatten. Der konservative Führer Prof. Suchsland nahm denn auch Anlaß, nochmals das Festhalten der rechtsstehenden Elemente an der Kandidatur des Freisinnigen nachdrücklich zu betonen, und die Deutsche Tageszeitung erklärte unzweideutig: „Die Sonderkandidatur des Bundes der Handwerker ist von dem Bunde der Landwirte und von uns bedauert und bekämpft worden, obwohl wir wußten, daß eine wiederum ziemlich brüske Abweisung des freisinnigen Kandidaten gegenüber dem Bunde der Handwerker die Kandidatur veranlaßt hat, und obwohl sie nur den Zweck verfolgen soll, Wähler an die Urne zu bringen, die ihr vielleicht sonst ferngeblieben wären. Trotzdem haben wir, wie gesagt, unumwunden und unbedingt die Sonderkandidatur verurteilt. Dasselbe ist seitens des Bundes der Landwirte geschehen. Wie man da von einer Zustimmung des Bundes zu der Sonderkandidatur sprechen kann, ist für einen normalen Menschenverstand unerfindlich.“ — Daß der Handwerkerbund nicht mehr als eine müßige Demonstration zuwege brächte, versteht sich von vornherein, aber sie würde ein paar hundert Stimmen abspllittern und somit ein unter den obwaltenden Verhältnissen höchst unangemessenes Experiment sein, auf dem zu bestehen dieser bürgerliche Interessentenkreis nur gewarnt werden kann.

Eine interessante publizistische Zwiesprache in Sachen der linksliberalen Einigung zwischen dem Abgeordnetenhausmitglied Prof. v. Liszt und dem Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Meiningen hat dieser Tage zu erweisen vermocht, wie grundverschieden doch bei den Beteiligten die praktische Seite des Planes beurteilt wird. Prof. v. Liszt hält die Dinge zur Einigung für durchaus reif. Der Vierundzuhuf in München habe nicht nur die Einigung im Prinzip beschlossen, sondern, was mehr bedeute, sich sofort an die Arbeit gemacht, um durch eine sorgfältige Prüfung der programmatischen, organisatorischen und taktischen Streitfragen die sichere Grundlage für eine Verschmelzung zu schaffen, die die Gewähr des dauernden Bestandes in sich selbst trägt. „Damit können auch die wärmsten Freunde der Einigung sich zufrieden geben. Gerade weil ich mich stets zu diesen gerechnet habe, liegt mir daran, das öffentlich auszusprechen. Wir sind den Männern des Vierervausschusses zu lebhaftem Dank verpflichtet für die ruhige Entschlossenheit, mit der sie an die Lösung der schwierigen Aufgabe herangetreten sind; wir schulden ihnen aber auch volles Vertrauen in ihre weitere Tätigkeit. Und wie der Dank in gleicher Weise auf die Vertreter der drei linksliberalen Parteien sich verteilt, so gilt auch unser Vertrauen in gleichem Maße einem jeden von ihnen.“ — Mit demselben Enthusiasmus wird sodann der Heidelberger Beschluß der Deutschen Volkspartei begrüßt, der die Einigung empfahl; er werde schwer in die Wagschale fallen. „Nun ist die Reihe an den beiden anderen Parteien. Auch sie haben Opfer zu bringen, soll die Einigung zu stande kommen. Die Freisinnige Vereinigung ebenso wie die Freisinnige Volkspartei. Aber diese Opfer werden gebracht werden, weil sie notwendig sind, weil sie durch die Vorteile der Einigung mehr als aufgewogen werden; vor allem aber deshalb, weil der Gedanke der Einigung von einer immer mächtiger anschwellenden Bewegung in den breiten bürgerlichen Massen getragen wird. Und mögen die Führer, wie das die Pflicht ihrer Stellung ist, die Bedenken gründlich ermägen und die ihnen notwendig erscheinenden Kautelen vorsichtig formulieren. Auf den Parteitagen beider Gruppen wird, daran zweifle ich nicht, dieselbe Begeisterung zum Durchbruch kommen, wie auf der Heidelberger Tagung der Deutschen Volkspartei.“ — Demgegenüber die Maxime „Eile mit Weile“ hervorzukehren, war dem Abg. Dr. Müller-Meiningen nun allerdings nicht schwer gemacht. Er wies in seiner Antwort darauf hin, daß er schon vor elf Jahren in Wort und Schrift den Gedanken einer „liberalen Gemeinbürgschaft“ und in erster Linie den Gedanken des linksliberalen Zusammenarbeitens in und außerhalb des Parlaments vertreten habe, zu einer Zeit, als es viel gefährlicher und unpopulärer in Parteikreisen gewesen sei als heute, für solche Gedanken offen mit seiner Person einzutreten. „Ich bin aus meiner Kenntnis der Dinge froh, daß wir heute so weit sind, und warne davor, bei jeder Gelegenheit aus Liebe für die Sache die Schwierigkeiten zu unterschätzen und zu glauben, daß einige Dutzend Resolutionen und zutgemeinte Zeitungsartikel uns über diese Schwierigkeiten auch nur irgendwie hinweghelfen können. Bei der bevorstehenden Verschmelzung steht für die linksliberalen Parteien, vor allem für die Freisinnige Volkspartei, im Falle des Mißlingens, alles auf dem Spiel. Was heutzutage von „Einigung des Liberalismus“ redet und dafür Propaganda macht, möge Herr Prof. v. Liszt an unseren bayerischen Zuständen sehen! Solche Erfahrungen machen bei der größten Liebe zur Sache, die ich für mich in Anspruch nehme, vorsichtig und — vielleicht übermäßig — bedächtig. So wie ich denken wohl meine sämtlichen bayerischen Parteigenossen. Mein verehrter Freund Dr. Günther weiß ein Liedchen mitzusingen. Ich verweise auf die Resolution des nordbayerischen Delegiertentages vom 3. Oktober d. J. Und wir haben's vorläufig allein praktisch probiert! Wir wollen schlechterdings nicht die Einigung — aber nur unter Voraussetzungen, die die Haltbarkeit der neuen Gründung absolut gewährleisten. Zum Vabanquespielen habe ich keine Lust; die Verantwortung ist mir zu groß. Das war mein Standpunkt, und das bleibt er!“ — Wie man wohl hinzufügen darf, hat der Beschluß des Vierervausschusses tatsächlich nicht ganz die Tragweite besessen, die Prof. v. Liszt als selbstverständlich anzunehmen schien. Im übrigen werden die noch ausstehenden linksliberalen Parteitage das nächste Wort zu sprechen haben.

Unter dieser Gelegenheit aber dürften die Streitigkeiten im Lager der bayerischen Liberalen nicht verfehlen, ganz im Sinne Dr. Müller-Meiningens die Rolle der schreckenden Spur zu spielen. Eine recht instruktive Betrachtung der noch andauernden Situation dort gab eine Betrachtung in der Kölnischen Zeitung aus München, der wir das Folgende entnehmen:

> Es gibt im Zentrum weit größere sachliche und persönliche Gegensätze als im Liberalismus. Das ist gerade in Bayern bei den Streitigkeiten zwischen Heim, Pichler und anderen Zentrumsmännern deutlich hervorgetreten. Aber wenn auch gelegentlich etwas davon in die Oeffentlichkeit dringt, so hat man doch nie wie die große Glocke gehängt, sondern unter der Hand in, fast kann man sagen, mustergültiger Weise erledigt . . . Nicht viel anders ist es bei den Sozialdemokraten, wo v. Vollmar, obwohl von ihm behauptet wird, daß er sich als der weitaus Begabtere fühle, doch oft genug durch löbliche Unterwerfung seine Disziplin bekundet hat. Im Gegensatz zu derartigem hat die jungliberale Versammlung das Bild äußerster Undiszipliniertheit, namentlich bei den zum Liberalismus sich bekennenden Volksschullehrern. Es ist nicht angehenn, derartiges zu sagen. Der Vorsitzende der liberalen Landtagsfraktion Dr. Casselmann soll in einer Lehrerversammlung erklärt haben, daß die Liberalen die Einreihung der Lehrer in die Gehaltsklasse 15 verträten, während früher die Stadt Bayreuth, deren Oberbürgermeister Casselmann ist, die Lehrer etwas schlechter besoldete. Casselmann bestreitet das erwähnte Versprechen, behauptet, seit Jahrzehnten für die Lehrer getan zu haben, was menschenmöglich war, und legt seinen Standpunkt dahin fest, daß die Lehrer, wenn sie nach liberalem Wunsche vom Staate übernommen würden, eine Zeitlich nach Klasse 15 bezahlt werden müßten, während unter den jetzigen Verhältnissen auch die Leistungsfähigkeit der Gemeinden in Betracht komme. Nebenher spielen persönliche Differenzen, wie z. B. daß Casselmann, als Lehrer Beybl ihn in seiner Lehrerzeitung mit unerhörter Rücksichtslosigkeit angegriffen hatte, die Erklärung abgab, er könne mit diesem Manne nicht weiter verhandeln. Diese bekundeten die Absicht, die erwähnte geringe Gehaltssumme, sondern das mit der Gehaltsklasse 15 verknüpfte Ansehen sei ihnen die Hauptsache. Während eine Rückkehr der Lehrer zu maßvoller Beurteilung dringend am Platze wäre, wird die Erregung von solchen jungliberalen Führern, wie den redegewandten und agitatorisch überaus rührigen Herren Kohl, Daßsch usw., noch immer mehr künstlich gesteigert. Was nun den zweiten großen Streitpunkt, die Einigung des gesamten Liberalismus und seinen Zusammenschluß zu einer einheitlichen Partei anlangt, so hat dieses von den Jungliberalen aufgerollte Problem an und für sich gewiß sehr viel Verlockendes. Aber die Versammlung wird manchen, dessen Wünsche in dieser Richtung mit seinem Verstande buchgingen, trotzdem gemacht haben. Da ging es eher nach dem schönen Satze zu: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.“ Soll je das Werk der liberalen Einigung gelingen, so müssen überragende maßvolle Persönlichkeiten an der Spitze stehen, aber nicht Leute wie Rechtsanwalt Dr. Kohl, dem man bei aller Anerkennung seiner außerordentlichen Rührigkeit, seines Freimuts und seiner rednerischen Begabung doch vorwerfen muß, daß er sich von persönlichen Angriffen nicht freizuhalten weiß, ja daß ihm diese bisweilen die Hauptsache zu sein scheinen. Nicht ohne Berechtigung machten der freisinnige Abgeordnete Günther und der Demokrat Quidde geltend, daß, solange im übrigen Reiche die Trennung in Nationalliberale, Freisinnige, Demokraten usw. fortbestehe, auch in Bayern eine einheitlich geschlossene liberale Partei undenkbar sei. Was damals zu erreichen war, hat man 1905 durch die liberal-demokratische Blockbildung erreicht, die im Zentralausschuß eine gemeinsame Spitze besitzt. Nach der Tagung der Jungliberalen in Koth hat Casselmann bekanntlich den Vorsitz dieses Zentralausschusses niedergelegt, der jetzt am 17. Oktober zu Nürnberg darüber beraten wird, was angesichts des Vorgehens geschehen soll. In einer Art von Parlamentarisation sollte der Vorsitzende der liberalen Landtagsfraktion, was Casselmann-geblieben ist, auch Vorsitzender des Zentralausschusses sein. Nun steht die Landtagsfraktion mit ihren freisinnigen und demokratischen, ja sogar mit ihren dem Lehrstande angehörenden Mitgliedern geschlossen hinter dem Nationalliberalen Dr. Casselmann. Wie unter diesen Umständen der Zwist endigen wird, kann unmöglich vorausgesagt werden. Von den Jungliberalen wurde in der Versammlung ausdrücklich die Absicht betont, im Block zu bleiben. Es wurde aber die Einberufung eines gesamtliberalen Delegiertentages gefordert, auf den die im Block vereinigten liberalen Parteien sich nicht einlassen wollen. Nebenbei sei bemerkt, daß zweifellos auch von altliberaler Seite Fehler begangen worden sind, für welche die hochgradige andauernde Verärgerung durch Beybl, Kohl usw. wohl einigermaßen als Milderungsgrund, aber keinesfalls als Rechtfertigung gelten kann. Ein Fehler bedenklichster Art ist beispielsweise die fast allerseits mißbilligte Ausschließung des Abg. Hübsch aus der nationalliberalen Partei, die auch wohl vom Landesausschuß, an den Hübsch appelliert hat, rückgängig gemacht werden dürfte. Indem man Hübsch ausschloß, ohne ihn vorher gehört zu haben, bot man den Jungliberalen ein Agitationsmittel, das weiblich ausgenutzt worden ist. Noch wäre die Stellung der Jungliberalen zur bayerischen Steuerreform zu erwähnen, die sie, machdem die liberale Landtagsfraktion im Steuerausschuß zugestimmt hat, im Plenum abgelehnt wissen möchten. Die Jungliberalen verweisen auf die Mißstimmung wider das Zentrum, die die Reichsfinanzreform allenthalben im Lande hervorgerufen habe, und wollen den Liberalismus nicht mit dem Odium einer Annahme der zu nicht ganz nach Wunsch ausgefallenen bayerischen Steuerreform belastet wissen. Aber nach dem Urteil gewichtiger liberaler Fachleute überwiegen doch bei dieser Steuerreform die Vorzüge weit über die nicht zu leugnenden Nachteile. Ob eine Ablehnung des im Steuerausschuß Geschaffenen das Ansehen des Liberalismus erhöhen würde, ist eine Frage, die mit Bestimmtheit natürlich nicht entschieden werden kann, die aber vielleicht eher verneint als bejaht zu werden verdient.

Den Ausführungen der vorstehenden Betrachtung über die Stellung der bayerischen Lehrerschaft zu den liberalen Parlamentariern könnte man freilich entnehmen, daß hier ein Gegensatz geringeren Grades walte. Streng sachlich genommen ist das auch wohl der Fall; nur hat sich gerade dieser Streitpunkt, zum guten Teil durch die jungliberale Dazwischenkunft, überaus zugespitzt, und im politischen Leben werden ja oft die Vorteile der augenblicklichen Position auch dann in den Vordergrund gestellt, wenn die Materie an sich sonst wenig bedeuten würde. Unter diesem Gesichtspunkte ist eine neuerliche Verlautbarung der liberalen Fraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer zu verstehen. Sie bekundet, daß ihr in einer Sitzung am 12. d. die in der Presse veröffentlichte Kundgebung des Hauptausschusses des Bayerischen Lehrervereins vorlag. Auf darin berührte Bayreuther Angelegenheit materiell einzugehen, bestand für die Fraktion keine Veranlassung, da sie diese als eine lokale betrachtet. Mit der Lehrerbesoldungsfrage aber hatte sich die Fraktion schon in früheren Sitzungen dieser Session beschäftigt. Es wurde damals festgestellt, daß sich die Fraktion während der letzten Landtagssession zwar nicht durch einen formellen Beschluß für die Angliederung der Lehrer an Klasse 15 ausgesprochen hat, daß aber im Finanzausschuß am 2. Juli 1908 die Abgeordneten Dr. Casselmann und Schubert einen Antrag gestellt haben, der inhaltlich darauf hinausging, die Gehälter der Lehrer denen der Klasse 15 anzugleichen. Der Antrag wurde im Finanzausschusse abgelehnt und im Plenum, da zurzeit völlig aussichtslos, nicht wieder eingebracht. Der Sitzung der Abgeordnete Schubert hat aber in öffentlicher Sitzung die Forderung prinzipiell vertreten. Es sei nach wie vor der Wille der Fraktion, für die berechtigten Ansprüche der Lehrer auf Angleichung ihrer Gehälter an Klasse 15 nach Maßgabe der staatlichen Finanzen und in Verbindung mit der Beseitigung der noch vorhandenen Härten der staatlichen Gehaltsordnung für Beamte energisch einzutreten.

Am 23. Oktober tritt die Generalsynode der Evangelischen Landeskirche in Berlin zusammen; sie wird u. a., wie bestimmter verlautet, auch einen Gesetzentwurf über das Verfahren gegen Geistliche bei Lehrirrungen vorgelegt erhalten. Nur die Hauptpunkte seines Inhalts sind aus der den westlichen Provinzialsynoden zur Begutachtung zugegangenen Vorlage des Evangelischen Oberkirchenrats ersichtlich geworden. Danach wird beabsichtigt, ein besonderes Spruchkollegium für kirchliche Lehrangelegenheiten ins Leben zu rufen, das in erster und letzter Instanz alle Lehrfragen endgültig für das gesamte Gebiet der Landeskirche entscheiden soll. Zu den unter die Kompetenz des Spruchkollegiums gewiesenen Angelegenheiten würden gehören: eigentliche Irrlehre im Sinne des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886, sodann Einsprüche aus der Gemeinde gegen die Berufung eines zum Pfarramt Designierten, die Anfechtung der Berufung eines sonst Anstellungsfähigen oder der Geeignetheit eines Fremden für den Dienst in der Landeskirche wegen mangelnder Uebereinstimmung mit dem Bekenntnis der Kirche, ferner die Herabwürdigung des Bekenntnisses oder der Ordnungen der Kirche im Zusammenhange mit der Irrlehre, endlich aber die Einsprüche aus der Gemeinde gegen Gaben und Wandel eines zum Pfarramt Designierten, wenn sie mit einem Einspruch wegen Irrlehre zusammentreffen. Neben dem inappellablen Spruchkollegium soll nur der Oberkirchenrat als ausführende Behörde stehen. Das Spruchkollegium soll dreizehn Mitglieder umfassen, darunter vier Vertreter des Oberkirchenrats, zwei vom König auf Vorschlag des Oberkirchenrats ernannte ordentliche Professoren der Theologie, drei für diesen Zweck besonders gewählte Mitglieder der Generalsynode, drei ebensolche Mitglieder der betreffenden Provinzialsynode und der ausführende Generalsynodalvorstand. Durch die geplante Neuregelung soll die Irrlehre — sofern nicht eine Herabwürdigung des Bekenntnisses oder der Ordnungen der Kirche vorliegt — jeder disziplinaren Behandlung entzogen und einem Sonderverfahren unterworfen werden, welches lediglich die sachliche Feststellung der Ungeeignetheit des Geistlichen für eine weitere Wirksamkeit innerhalb der Landeskirche zum Gegenstand hat, wobei dem von einer solchen Feststellung betroffenen Geistlichen in weitem Umfange eine Verborgung für seine Person, wie für seine etwaigen Hinterbliebenen gewährt werden soll. Dabei ist vorgesehen, daß dem Feststellungsverfahren eine seelsorgerische Behandlung des beteiligten Geistlichen voranzugehen hat, und daß letzterem in dem Feststellungsverfahren in weitestgehender Weise Gelegenheit zur Vertretung seines Standpunktes geboten wird. Die Zusammensetzung des Spruchkollegiums wird, wie der Kreuzzeitung zu entnehmen, folgendermaßen begründet:

> Die geplante Reform hat zur Voraussetzung, daß in dem Spruchkollegium ein Organ geschaffen wird, das seiner Zusammensetzung nach das Gemeindebewußtsein der evangelischen Kirche darzustellen geeignet ist. Zu dem Zweck muß in dem Spruchkollegium das Kirchenregiment, die Gemeinde und die theologische Wissenschaft vertreten sein. Das Kirchenregiment tritt, wenn es hier Vertreter in das Kollegium entsendet, im Vergleich mit seiner bisherigen Rechtsstellung erheblich zurück. Zu eine völlige Ausschaltung aus der Entscheidung der Lehrfragen könnte es nicht willigen. Was das gemeindliche Element betrifft, so kann der in der öffentlichen Kritik des bisherigen Rechtszustandes hier und da erhobenen Forderung einer Vertretung der beteiligten Lokalkirchengemeinde nicht entsprochen werden. Gerade die Mitwirkung der durch den „Lehrfall“ besonders erregten Einzelgemeinde wäre am wenigsten geeignet, einer gewissenhaften, den Zusammenhang des Einzelfalls mit der allgemeinen Situation der Landeskirche berücksichtigenden Entscheidung zu dienen. Selbstverständlich wird indes die Lokalgemeinde regelmäßig bei den Vorermittlungen für das Feststellungsverfahren einzugehen zu hören sein, wie auch die Bestimmung in § 594 der Kirchenordnung für Westfalen und Rheinprovinz über die Zuziehung des Presbyteriums zur Unterfuchung der Einsprüche unberührt bleibt; in dem entscheidenden Kollegium kann ihr kein Platz eingeräumt werden. Vielmehr verlangt der ausgeprägt landeskirchliche Charakter der Lehrfragen in einem Kirchenkörper von dem Umfange der preußischen eine Mitwirkung der in der Generalsynode vertretenen landeskirchlichen Gemeinschaft, während anderseits eine Vertretung der in den einzelnen Provinzen herausgebildeten kirchlichen Eigenart eine Beteiligung der Provinzialgemeinden erwünscht erscheinen läßt. Da für die Wahlen zum Generalsynodalvorstande und zu den Provinzialsynodalvorständen vielfach andere Gesichtspunkte als derjenige der Qualifikation für die Mitwirkung in Lehrangelegenheiten maßgebend sein werden, empfiehlt es sich, besondere Wahlen der Synoden für das Spruchkollegium vorzusehen. — Zu einer angemessenen Vertretung der theologischen Wissenschaft und um einer einseitigen theologisch-wissenschaftlichen Orientierung des Spruchkollegiums vorzubeugen, erscheint die Berufung von zwei Theologieprofessoren geboten. Die Berufung ist dem Könige als dem obersten Träger des Kirchenregiments vorzubehalten, um auch den Schein einer Auswahl nach Parteirücksichten oder einer Bindung der Berufenen an Parteiprogramme zu verhüten.“

Wie voraussehen war, erweckt der Plan, ein solches Spruchkollegium zu schaffen, in kirchlichen Kreisen lebhaftes Interesse. Prof. Dr. Hubrich, der Greifswalder Jurist, hat dem Verfahren gegen Geistliche bei Lehrirrungen eine Studie gewidmet, die er der Generalsynode darbietet, und Pastor Bunke, Herausgeber der Zeitschrift Die Reformation, ergreift in dieser ebenfalls das Wort. Er legt hierbei Wert darauf, daß dem Spruchkollegium selbst auch die Entscheidung übertragen werde, ob gegebenenfalls ein Feststellungsverfahren zu eröffnen sei oder nicht. In Verbindung damit empfiehlt der angesehene Berliner Geistliche eine vom jetzigen Vorschlag abweichende Zusammensetzung des Kollegiums.

Gewahrt man im öffentlichen politischen Leben fortwährend Beispiele einer rücksichtslosen und doch auf die Massen geschickt berechneten sozialdemokratischen Agitation, so muß es als ein weiterer Beweis derselben Fingerfertigkeit gelten, daß die „Genossen“ alle ihnen unangenehmen Feststellungen dann zu unterdrücken wissen oder sie gleich mutig ableugnen. So menschenfreundlich und freiheitsliebend, so selbstlos und gerechtdenkend wie ein sozialdemokratischer Stimmenfänger ist durchschnittlich noch kein edler Mann irgendwo gewesen, und diese vortrefflichen Eigenschaften bilden natürlich nur den Abglanz von seiner „guten Sache“ her. Sollte da nicht jeder wahrhaft „Einsichtige“ das schöne Ziel fördern, das in der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung besteht, deren Mitglieder nur noch die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin kennen —? Merkwürdig genug: wir haben trotzdem noch nie gehört, daß in einer Versammlung jemand als wirklicher Eideshelfer aufgetreten wäre, sich als beglückter Arbeitnehmer eines sozialdemokratischen Betriebes vorgestellt und nun voll glühender Ueberzeugung die irdischen Freuden geschildert hätte, die ihm jetzt Tag und Nacht zu teil würden. Wohl aber hallt dort, wo „Genossen“ über ihresgleichen gestellt sind, aus allen Ecken die gleiche Klage, und sie ertönt in der Regel vergeblich. Schon herrscht unter den Eingeweihten, denen es noch mit der Bruderlichkeit leidlich Ernst ist, eine stimmungslose Verstimmung. Um sich zu benennenen Posten eines solchen Betriebes hervorzudrängen oder um sie sich, heute schon der gewöhnlichere Weg, aus freier Berufung verschaffen zu lassen, muß ein „Genosse“ mit Handhabung der Tyrannei vertraut sein, die über ihm selbst in anderer Weise fortwährend schweben bleibt. Sonst wird er bald verdrängt werden; die Stellenjagd blüht üppig, und die Einflüsse kreuzen sich wunderbar. Unter dem Deckmantel der Parteidisziplin und unter dem Druck radikaler Gesinnungsschnüffelei gedeihen lediglich die geringwertigen Instinkte, wozu noch kommt, daß ihre bevorzugten Repräsentanten fast stets Männer ohne Sinn für verfönliche Umgangsformen sind. Das unvermeidliche Ergebnis ist jedesmal die tatsächliche Knechtung und oft schamlose Ausnutzung der unterstellten „Genossen“. Eingefleischte kommen bei günstigen Umständen auch zu erträglichen Verhältnissen, aber ihr düsteres Register ist bereits ebenso lang wie abschreckend, aber das geschieht doch nur, wenn die großen oder kleinen Treiber an den oder an die Unrechten gerieten. Die Mehrzahl hat aus Unbehilflichkeit oder böser Erfahrung schweigen gelernt und steckt ihre Düffe ein; dafür darf sie ja auf die „kapitalistischen Ausbeuter“ draußen schimpfen, wobei vielen insgeheim ganz andere Leute vorschweben mögen. „Die Betätigung der Sozialdemokratie in den Konsumvereinen, wo sie gewissermaßen Arbeitgeberin und Unternehmerin gleichzeitig ist, während sie in den Ortskrankenkassen sich mehr die Rolle der Arbeitgeberin in einem öffentlich-rechtlichen Unternehmen angemaßt hat, ist für die Unfähigkeit dieser Partei, außer sinnlosen Verprechungen, Verhetzungen und hohlen Redensarten auch irgend etwas Nützliches oder Brauchbares hervorzubringen, in besonderem Maße charakteristisch.“ Mit diesem Satze beginnt die uns soeben zugehende Broschüre von Dr. Fritz Stephan Neumann. Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin (Verlag Otto Elsner, Berlin). Als Beispielsammlung gedacht und eingeteilt, zeigt die gut disponierte Schrift schlagend, was die Sozialdemokratie bisher im bürgerlichen Staate in ihren vielen Unternehmungen geleistet hat, insbesondere, ob sie das Wirtschaften besser versteht als kapitalistische Unternehmer; und vor allem, ob es den Arbeitern dort besser geht als in bürgerlichen oder Gemeindebetrieben. Es wird erörtert, ob die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin ihren Angestellten an Arbeitslohn, Arbeitszeit und menschenwürdiger Behandlung wenigstens das zu geben im stande und willens ist, was sie als ihre eigene Forderung von dem Staat, den Kommunen und den bürgerlichen Unternehmern verlangt hat, und ob der Arbeiter wirklich die politische Betätigungsfreiheit dort findet, die von der Sozialdemokratie bei anderen Betrieben stets verlangt wird. Nach sorgfältiger Sichtung hat Dr. Neumann zusammengestellt, was bisher über die Zustände in sozialdemokratischen Konsumvereinen und Genossenschaften, in sozialdemokratisch geleiteten Ortskrankenkassen, in den von sozialdemokratischen Mehrheiten beherrschten Verwaltungen, in der Kassenverwaltung sozialdemokratischer „Vertrauensleute“ und in den Hauptblättern der Sozialdemokratie an die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Es sind dabei die zuverlässigsten Quellen, die es für diesen Zweck gibt, herangezogen worden, nämlich in der Hauptsache sozialdemokratische Aeußerungen selbst und amtliches Material. „Wo immer die Blüte eines Unternehmens oder die Arbeitsbedingungen von „Genossen“ abhängen, da erweisen sich diese als geborene Pfuscher, als Arbeitsverderber von einer Grausamkeit, wie sie in dem schlechtesten bürgerlichen Betriebe nicht erreicht wird, als Lohndrücker und Profitmacher, denen es allein darauf ankommt, aus den Knochen der Arbeiter Ueberschüsse zu erzielen, als unfähige und unehrliche Verwalter, als Vergeuder der ihnen anvertrauten Arbeitergroschen usw. Und das Erschreckende ist, daß diese Erscheinungen nicht vereinzelt und vorübergehend in sozialdemokratischen Betrieben vorkommen, sondern regelmäßig und dauernd dort festzustellen sind, wo die „Genossen“ das entscheidende Wort führen.“ — Erst in seiner Nummer vom 12. Mai dieses Jahres hat der Vorwärts einen Bericht zur Lohn- und Arbeitsstatistik der Lagerhalter in sozial-